bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 05 | 04. März 2005

Rechte Szene 2

Finanzielle Begehrlichkeiten
Die „parteifrei bleibenden“ Neonazis wollen von der NPD Geld sehen für die Unterstützung im Wahlkampf.

Arena ohne Neonazis
Der FC Schalke O4 hat ein Vereinsmitglied – und NPD-Landtagskandidat – geschasst.

Weltanschauungspartei
Neonazis wollen in Schleswig-Holstein ihre Basisarbeit nun an den NPD-Resultaten ausrichten.

Der Faktor "Wahlerfolg"
Die NPD könnte Kristallisationspunkt für Einigungsbestrebungen im rechtsextremen Lager werden.

Das Vermächtnis
Der Neonazi „Jan Hus“ ist tot.

Klima der Angst
Anschläge sollen alle Nichtdeutschen vertreiben.

Konspirativer Kongress
Militärhistoriker Seidler als „Starreferent“ bei der Gesellschaft für freie Publizistik

Netzwerke im Knast
US-Behörden gehen gegen die zunehmend offeneren Umtriebe brauner Gefängnisgangs vor.

Grauzone 8

Verdrehte Aussagen
In der „Jungen Freiheit“ werden unzweideutige Zahlen über den Anstieg rechtsextremer Gewalt falsch interpretiert und verharmlost.

Zweifelhaftes Angebot
Rechtslastige Verlage auf der Buchmesse

Gnadenlos gegen sich selbst
Nach Massenaustritten steht die Schill-Partei in ihrer Hochburg Hamburg vor der Abwicklung.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Beihilfe zum Mord
Ohne die Reichsbahn wären die Transporte in die Vernichtungslager nicht möglich gewesen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Finanzielle Begehrlichkeiten

Die „parteifrei bleibenden" Neonazis wollen von der NPD Geld sehen für die Unterstützung im Wahlkampf.

Freunde werden die Anhänger von Christian Worch und die NPD zwar nicht mehr – aber vielleicht ja irgendwann Geschäftspartner. So jedenfalls kann sich Worch das Verhältnis beider Seiten zueinander vorstellen: Die „ausdrücklich parteifrei bleibenden Kameraden", wie er seine Anhänger in Abgrenzung zu jenen „Freien Nationalisten" nennt, die wie Thomas Wulff und Thorsten Heise in die Partei eingetreten sind oder wie Christian Malcoci und Daniela Wegener sich von der nordrhein-westfälischen NPD auf deren Kandidatenliste haben setzen lassen, könnten die NPD im Wahlkampf unterstützen und im Gegenzug einen Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung beanspruchen. Dabei geht es Worch nicht um Kilometergeld oder Auslagenersatz, sondern um Geld für „parteifreie" Publikationen und zur Finanzierung von Demonstrationen. Auch ein Modell, wie sich die „Staatsknete" in die Kassen militanter Neonazis umleiten ließe, hat er schon parat: „Dann wird ein Verein zur Förderung nationaler Politik in NRW gegründet, der mit dem Landesverband der NPD eine vertragliche Vereinbarung schließt, welchen Anteil an den notwendigen Aktivitäten im Wahlkampf der Verein übernimmt bzw. die Erledigung durch freiwillige Helfer organisiert und welcher Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung ihm dafür als Gegenleistung zusteht."

Eine Stellungnahme der NPD zu dieser Forderung der „ausdrücklich Parteifreien" gibt es noch nicht – und das obwohl die Vorschläge der Worch-Anhänger seit Januar der Partei vorliegen. Die NPD hat derzeit alle Hände voll damit zu tun, für die insgesamt 128 Wahlkreise Kandidaten zu finden. Außerdem müssen in jedem Wahlkreis bis spätestens zum 4. April 100 Unterstützungsunterschriften vorgelegt werden. Eine Kraftanstrengung für die Partei, die im größten Bundesland Ende 2003 laut Verfassungsschutz gerade einmal 550 Mitglieder zählte – zumal ihr ein nicht unwesentlicher Teil der „Freien" die kalte Schulter zeigt. Worch: „Die ausdrücklich parteifrei bleibenden Kameraden gedenken nicht, auch nur eine einzige Unterschrift zu sammeln, solange es keine vertragliche Vereinbarung mit der Partei gibt."

Statt dessen gibt es von dieser Seite nur hämische Kommentare für die NPD. Von „katastrophal geplanten und bislang geführten Wahlkampfvorbereitungen" der Partei spricht der Kölner Neonazi Axel Reitz. Ihn hatten die Worch-Anhänger auf der Landesliste der NPD platzieren wollen, nachdem ihr eigentlicher Favorit Siegfried Borchardt („SS-Siggi") abgewunken hatte. Doch die NPD lehnte ab: Den ganz offen bekennenden Nationalsozialisten Reitz mochte man den Wählern wohl dann doch nicht als einen der ihren präsentieren.

Spätestens seit der Wahl in Schleswig-Holstein dürfte auch beim letzten NPDler in NRW die Hoffnung verschwunden sein, die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu können. Neues Wahlziel dürfte nun sein, stärker zu werden als die Republikaner, damit das „Volksfront"-Projekt rund um die NPD nicht vollends unglaubwürdig und unrealistisch wird.

Tomas Sager

Arena ohne Neonazis

Der FC Schalke 04 hat ein Vereinsmitglied – und NPD-Landtagskandidat – geschasst.

NPD-Parteichef Udo Voigt und die stellvertretende Republikaner-Vorsitzende Uschi Winkelsett sind eher selten einer Meinung. Einer dieser seltenen Fälle ereignete sich Ende Februar. Ihr gemeinsames Feindbild ist ein Fußballverein.

Eine „Hexenjagd auf nationale Deutsche" witterte Voigt. Im Management des Fußball-Bundesligisten FC Schalke 04 sah er den „multikulturellen Wahnsinn um sich greifen". Schalke-Manager Rudi Assauer riet er, Deutschland zu verlassen, wenn er „sein Vaterland nicht liebt". Winkelsett mochte da nicht nachstehen: Über „Stasi-Methoden", „Gesinnungsschnüffelei und politisch korrekten Meinungsterror" tobte sie. Schalke-Geschäftsführer Peter Peters warf sie vor,

„den Hobby-Gesinnungsblockwart zu spielen". Was war geschehen?

Als erster Bundesligaverein überhaupt hatte der FC Schalke schon Mitte der 90er Jahre in Stadionordnung und Vereinssatzung rechtsextremen Bestrebungen eine klare Absage erteilt und umgekehrt „die soziale Integration ausländischer Mitbürger" zu einer der Aufgaben des Vereins gezählt. Aus aktuellem Anlass hat der Vorstand nun im Februar darüber hinaus entschieden, dass eine Mitgliedschaft in der NPD, bei den Republikanern oder bei Parteien mit gleichen oder ähnlichen politischen Zielen unvereinbar ist mit einer Mitgliedschaft beim FC Schalke 04.

Anlass der neuerlichen Diskussion war der Fall eines NPD-Landtagskandidaten. Der Münsteraner NPDler Dennis Dormuth (24) hatte sich – Vereinssatzung hin oder her – als Schalke-Mitglied geoutet. Dormuth, der ansonsten im Vorfeld der Landtagswahl am 22. Mai von der NPD als „Fundamentalopposition" tönt und Wahlkampf auf dem intellektuellen Niveau von Forderungen wie „Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen keine Legalisierung von weichen Drogen – wir brauchen Arbeitsplätze!" betreibt, mochte von den Königsblauen nicht lassen. Sein (bisheriger) Verein reagierte nun mit einem Ausschluss. Und traf die Rechtsextremisten über den Einzelfall hinaus an einer empfindlichen Stelle: Auch der Sport ist kein unpolitischer Raum, die Tribüne kein Ort, an dem Rechtsextremisten ihre Propaganda ungestört verbreiten dürfen. „Diese rechtsextremen Parteien sollen wissen, dass sie bei Schalke nicht willkommen sind und wir alles Mögliche tun werden, um sie bewusst aus dem Vereinsleben auszugrenzen", erklärte Schalke-Geschäftsführer Peter Peters.

Ein rein symbolischer und einmaliger Akt soll der Ausschluss Dormuths nicht bleiben. Auch gegen Neonazis, die im Stadion durch das Tragen einschlägiger Symbole auffallen, will der Verein vorgehen. Peters: „Unsere Arena haben wir bislang von diesen politischen Gruppierungen weitestgehend freigehalten, und das soll auch in Zukunft so bleiben."

Tomas Sager

Weltanschauungspartei

Neonazis wollen in Schleswig-Holstein ihre Basisarbeit nun an den NPD-Resultaten ausrichten.

1,9 Prozent: Das Ergebnis bei der Landtagswahl erfreute die NPD nicht. Am 20. Februar erklang kein Jubel aus dem „Landgasthof Sehestedt" in der gleichnamigen Gemeinde. „Aufwärtstrend der NPD bestätigt, mehr wäre besser", verkündete selbst der Bundesvorstand. Über 120 NPD-Aktivisten und Sympathisanten waren zu der Wahlparty 20 Autominuten von Kiel gekommen. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt wollte eigentlich mit den Spitzenkandidaten Uwe Schäfer und Ingo Stawitz in den Landtag einmarschieren. Doch stattdessen feierten sie hinter verschlossener Tür und zugezogenen Gardinen.

„Wegen Hartz IV", hatte Stawitz gegenüber der Presse betont, würden sie an die sieben Prozent bekommen, parteiintern hofften sie auf „vier plus". Von Meinungsforschern wie Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner war drei Prozent plus X befürchtet worden. Bei der Landtagswahl 2000 hatte die NPD knapp ein Prozent erzielt und sie erreichte jetzt 0,9 Prozentpunkte mehr. Gezielt versuchte die NPD sich, wie in Sachsen, mehr als „soziale Protest-", und weniger als „Weltanschauungs-Partei" darzustellen. Doch als die Parteileitung merkte, die enttäuschten Wähler und Jungwähler nicht erneut für sich gewinnen zu können, schwenkte sie um. Mussten sich die Landtagskandidaten wie Jens Lütke oder Peter von der Born vorher mit ihren Meinungen zurückhalten, leugnete Stawitz wenige Tage vor dem Wahltag im Interview die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands, verharmloste den Holocaust und bezeichnete Homosexualität als abnormal.

Das „Aktionsbüro Norddeutschland" um Thomas Wulff räumt die Niederlage ein. Die Steigerung sei gemessen an „mehr Unterstützung, mehr Euphorie im Rücken als noch vor fünf Jahren ... einfach zu wenig". Nach den NPD-Resultaten wollen die Kameradschaften nun ihre Basisarbeit ausrichten. Dort wo die Wahlergebnisse gut waren, soll verstärkt „um neue Menschen" gekämpft werden. Die „Volksfront" lösten weder NPD noch Kameradschaften auf.

Andreas Speit

Der Faktor "Wahlerfolg"

Die NPD könnte Kristallisationspunkt für Einigungsbestrebungen im rechtsextremen Lager werden.

Nach dem Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen am 19. September vergangenen Jahres (9,2 Prozent der Stimmen) näherten sich Angehörige anderer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen in unterschiedlicher Form der NPD an: Es kam zu längerfristig geplanten Wahlabsprachen mit der DVU, Übertritten von REP-Mitgliedern in Hamburg und Sachsen, Eintritten führender Neonazis in die Partei und einer breiten Akzeptanz für die „Volksfront von rechts" in den unterschiedlichsten Teilen dieses politischen Lagers. Die NPD scheint sich zum Zentrum von dortigen Einigungs- und Sammlungsversuchen zu entwickeln. Angesichts der allgemeinen Euphorie der Rechtsextremisten dürfen aber auch Brüche im rechtsextremistischen Lager nicht übersehen werden. Hinzu kommt, dass der diesen Prozess befördernde Faktor „Wahlerfolg" zunächst erst mal nicht mehr gegeben ist, erhielt die NPD doch bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein nur 1,9 Prozent der Stimmen.

Eine Analyse der gegenwärtigen Entwicklung darf eine Reihe von Differenzen im Rechtsextremismus nicht ignorieren, handelt es sich doch um keinen geschlossenen Block: Der relativ hohen Zahl von 11 500 nahezu eher inaktiven Mitgliedern der DVU steht die eher geringe Zahl von 5000 meist aktionsorientierten Mitgliedern der NPD gegenüber, während die Republikaner mit ihren 8000 Mitgliedern nur über eingeschränkt funktionierende Parteistrukturen verfügen. Ein formales Bekenntnis zu Demokratie und Grundgesetz im Sinne eines taktisch bedingten „Lippenbekenntnisses" legen DVU und REP ab, während die Ablehnung des politischen Systems von der NPD, den 3000 Neonazis und 10 000 Skinheads offen bekannt wird. Für ein legalistisches Vorgehen treten REP, DVU und NPD (letztere mit Ausnahme von Einzelpersonen) ein, während der Bruch geltender Gesetze bei Neonazis und Skins zu den möglichen Handlungsoptionen zählt. Der Nationalsozialismus wird von DVU und REP offiziell abgelehnt, von Neonazis und Skinheads akzeptiert, während die NPD eine Mittelposition mit großen Sympathien einnimmt. Ein bürgerliches Selbstverständnis lässt sich bei der DVU und den REP ausmachen, wird von Neonazis und Skinheads verachtet, während auch hier die NPD eine Mittelposition einnimmt.

Die NPD steht in vielen Fragen zwischen den unterschiedlichen Bereichen des Rechtsextremismus und könnte gerade von daher Kristallisationspunkt für Einigungsversuche werden. Sie vollzog ab Mitte der 90er Jahre einen Wandel auf unterschiedlichen Ebenen, welcher für die Einschätzung dieser möglichen Dimension berücksichtigt werden muss: Nach vergeblichen Bemühungen von Bündnispolitik mit DVU und REP öffnete man sich gegenüber Anhängern der Neonazi- und Skinhead-Szene und nahm insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern aktionsorientierte junge Männer auf. Inhaltlich thematisierte die NPD sozial- und wirtschaftspolitische Fragen als eigenständiges Feld der Agitation und verknüpfte diesen Diskurs mit einer ideologischen Orientierung an einem „deutschen" und „völkischen Sozialismus" in kapitalismuskritischem Gewand. In Kooperation mit Neonazis und Skinheads gelang vor allem in bestimmten Regionen Ostdeutschlands eine alltagskulturelle Verankerung insbesondere im Jugendbereich, wofür exemplarisch die Sächsische Schweiz steht.

Verlagerung der strategischen Schwerpunktsetzung auf den „Kampf um die Parlamente"

Der Wahlerfolg in Sachsen wurde von der NPD als notwendige Folge einer systematisch angewandten Strategie angesehen: Man wollte eine gesellschaftliche Basis durch Engagement vor Ort schaffen, griff den Protest gegen die etablierte Politik von Regierung und Opposition auf, sprach insbesondere den Unmut gegen Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit „Hartz IV" an, verknüpfte ihn mit dem fremdenfeindlichen Diskurs in Gestalt des Feindbildes „Multikulti" und warb gezielt um Jugendliche als potenziell größte Gruppe potenzieller Wähler mit geeigneten Mitteln (Musik-CD). Mit dem Wahlerfolg verbunden war auch eine Verlagerung der strategischen Schwerpunktsetzung auf den „Kampf um die Parlamente": Man sammelte Angehörige der „nationalen Intelligenz" der Partei und ihres Umfeldes in und um die sächsische Landtagsfraktion, betreibt im Vergleich zur DVU eine relativ professionelle Parlamentsarbeit (zum Beispiel bei den Anfragen zu Unregelmäßigkeiten bei der

Sächsischen Landeszentralbank) und nutzt das Parlament zu öffentlichkeitswirksamen Provokationen (Auszug aus dem Parlament während des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus oder der Rede vom „Bomben-Holocaust").

 Bereits nach den Wahlerfolgen bei den Europawahlen und sächsischen Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 war es auf NPD-Initiative zu einem Abkommen mit der DVU zur Vermeidung von Konkurrenzkandidaturen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen gekommen. Nachdem beide Parteien erfolgreich in die Parlamente einziehen konnten, schloss man am 15. Januar 2005 den „Deutschland-Pakt" mit der Vereinbarung, bis Ende 2009 nicht gegeneinander anzutreten. Frey sah sich dazu durch die fehlende allgemeine Perspektive für seine DVU und die ständig schrumpfende und überalterte Parteibasis genötigt. Außerdem verfügt der 71-jährige Verleger über keinen „Kronprinzen" als Nachfolger und erhofft sich für seine wirtschaftlichen Interessen in und um die NPD neue „Marktanteile". In der DVU gab es zwar bei führenden Funktionären skeptische Stimmen zur Kooperation mit der NPD, die eher teilnahmslose Parteibasis trägt dieses Vorgehen aber mehrheitlich mit. Frey scheint indessen Probleme mit der NPD-Kooperation mit Neonazis zu haben, bekannte er sich doch in einer Presseerklärung offiziell zum Grundgesetz und gegen Nationalsozialismus und Neonazismus. Offenbar bestehen Ängste vor einer Einbeziehung in mögliche Verbotsüberlegungen, wodurch sich aber auch ein Konfliktpotenzial mit der NPD deutlich abzeichnet.

Das bürgerliche Potenzial reagiert skeptisch auf Neonazis

 Unmittelbar vor den sächsischen Landtagswahlen war es zu Übertritten führender dortiger REP-Funktionäre in die NPD gekommen. Der Hamburger Landesverband der Republikaner gab im Januar seine Auflösung bekannt und zahlreiche REP-Mitglieder wechselten zur NPD. Zwar kam es darüber hinaus noch zu keinen nennenswerten Übertritten, die erwähnten Tendenzen treffen die REP allerdings in einer Existenzkrise: Seit Jahren konnte man keine Wahlerfolge mehr verbuchen, bei den Mitgliedern hat sich ein großes Frustrationspotenzial aufgebaut und immer wieder brechen Querelen über den Abgrenzungskurs des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer auf. An der Parteibasis kritisiert man dessen Auffassung, sich einer Kooperation mit der NPD zu verweigern.

 Trotz einer aktionsbezogenen und ideologischen Annäherung der NPD an die Neonazi-Szene war das Verhältnis beider Spektren im Rechtsextremismus vor dem Hintergrund gegenseitiger Instrumentalisierungsbemühungen von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet. Die Situation entspannte sich aber vor den Landtagswahlen in Sachsen wieder, traten doch drei führende Neonazis (Thorsten Heise, Ralf Tegethoff, Thomas Wulff) der Partei bei und einer von ihnen (Heise) wurde sogar Bundesvorstandsmitglied. Die Szene begrüßte den Wahlerfolg und orientierte sich wieder stärker an der NPD. Selbst der führende Neonazi Christian Worch musste um der Vermeidung einer lagerinternen Isolation willen seine Zurückhaltung aufgeben. Bisher kam es nicht zu einer größeren Eintrittswelle von Neonazis in die NPD. Gegenüber einer solchen Entwicklung würde auch das bürgerliche Potenzial skeptisch reagieren, gelang doch seinerzeit wohl aus Rücksicht auf dieses nur einem von drei Neonazis die Wahl in den Bundesvorstand.

 Für die Verstärkung des Einigungs- und Sammlungsprozesses wäre der Erfolg bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20. Februar bedeutsam gewesen. Die Gründe für das Scheitern waren – auch in der vergleichenden Betrachtung mit der seinerzeitigen Situation in Sachsen – absehbar: Es bestand keine regionale Verankerung der kein einziges Kommunalmandat aufweisenden NPD, die Parteistruktur war nur schwach entwickelt, die Unterstützung durch Neonazis wirkte möglicherweise eher abschreckend, das Thema „Hartz IV" hatte seine überragende Bedeutung verloren, und es gibt in den westdeutschen Ländern eine geringere Wählerbasis für rechtsextremistische Parteien als in den ostdeutschen. Das Motto „Nichts macht so erfolgreich wie der Erfolg!" bedeutet hier, dass der Erfolg bei Wahlen zumindest zeitweise zur Bündelung und Konzentration der Kräfte, die Niederlage aber längerfristig zur Auflösung der Kooperation und zum Aufbrechen alter Differenzen führen wird. Gleichwohl könnten vor dem Hintergrund der Auszehrung von DVU und REP im Parteienbereich die „Karten wieder neu gemischt werden".

Armin Pfahl-Traughber

Das Vermächtnis

Der Neonazi „Jan Hus" ist tot.

„Ein Mensch, den man nicht vergisst", ist der Nachruf von „Freunden und Kameraden in Verden umzu" in der „Verdener Aller-Zeitung" am 2. März 2005 übertitelt. Am 25. Februar starb der Neonazi und Heisenhof-Bewohner Johann Huss an Krebs. Huss (Jg. 1939), der sich selbst nach dem tschechischen Reformator „Jan Hus" nannte, gehörte zum Umfeld des ehemaligen Deutschen Kollegs um Horst Mahler und pflegte ebenso enge Kontakte zum Verdener Revisionisten Rigolf Hennig wie auch zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten. Im Sommer 2004 fand die Polizei Waffen im Kofferraum seines Wagens. Immer wieder wurde der Vielschreiber auch mit Drohbriefen gegen Linke, Journalisten und Lokalpolitiker in Verbindung gebracht.

Im Wortlaut der anonymen Nachrufverfasser klingt die Biografie natürlich anders, sie erinnern sich an ihn als einen „Gesellschaftskritiker, Bauernrebell, Heimatschützer, Träumer, Kämpfer und Kameraden". Huss, der bei zahlreichen Neonazi-Veranstaltungen im Bremer Umland auch als Türsteher eingesetzt wurde, war keineswegs nur ein „alter Spinner". Er war es, der den Kontakt zwischen Rieger und den jetzigen Heisenhof-Bewohnern um Sascha Schüler knüpfte und der die Neonazis bei ihrer so genannten „Schuloffensive" unterstützte.

In dem „Nachruf" wird verharmlost: „Er war, zumal, er sich schützend jungen Deutschen beigesellte, die für deutsche Belange eintreten, manchem umerzogenen Zeitgenossen unbequem". Die Schreiber kündigen an, dass nun andere versuchen müssen, „sein Vermächtnis zu wahren". Huss soll, nach Hinweisen aus seinem Umfeld, ein einsam gelegenes Haus in der Nähe des Heisenhofes besessen haben. Es bleibt abzuwarten, ob Heisenhof-Betreiber Rieger damit in den Besitz einer neuen Immobilie gelangen könnte? Ansonsten ist es ungewöhnlich, dass der radikale Kirchengegner Rieger an der evangelischen Trauerfeier am 3. März in Verden teilnahm, Auch Rigolf Hennig, Dieter Fricke und etwa zehn Neonazis der NPD/JN-Verden erwiesen ihrem „Kameraden" Huss die letzte Ehre, standesgemäß in „Thor Steinar"-Kleidung.

Andrea Röpke

Klima der Angst

Anschläge sollen alle Nichtdeutschen vertreiben.

Der Prozess gegen 12 rechtsextreme Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, die sich zu der straff organisierten Gruppe Freikorps zusammengeschlossen haben, geht vor dem Oberlandesgericht Potsdam in die letzte Runde. Die Angeklagten werden beschuldigt, in der Zeit zwischen August 2003 bis Mai 2004 acht Brandanschläge auf türkische oder asiatische Imbissbuden in und um Nauen verübt zu haben. Nach Angaben eines Gutachters war es ein glücklicher Zufall, dass keine Menschen zu Schaden kamen.

Die jungen Männer sind wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Die Gruppe Freikorps hatte sich zum Ziel gesetzt, alle Nichtdeutschen aus der Region Havelland, westlich von Potsdam, zu vertreiben. Mit den Anschlägen sollte ein Klima der Angst unter den Ausländern erzeugt werden. Das sei sogar in der Satzung der Gruppe Freikorps festgehalten werden. Man wolle aus der Region „eine dönerfreie Zone" machen, hieß es dort. Mit den Mitgliedsgliedbeiträgen in Höhe von fünf Euro pro Monat wurde das Benzin für die Brandanschläge gekauft. Die Angeklagten haben die Anschläge gestanden, bestreiten aber die Gründung einer terroristischen Vereinigung. Doch die Staatsanwaltschaft hält an diesem Anklagepunkt fest. Mittlerweile wurde bekannt, dass im Umfeld der Angeklagten deren Taten nicht unbekannt geblieben waren. So habe ein Mittäter einem Mitschüler anvertraut, noch weitere Imbissbuden anzünden zu wollen. Eine Lehrerin erklärte, es sei allgemein bekannt gewesen, wer die Brandstifter waren. Ein Förster hat die rechte Clique bei Schießübungen im Wald beobachtet. Aber niemand hatte sich an die Polizei gewandt.

Die Angriffe auf ausländische Imbissbuden haben zugenommen, ist das Fazit einer aktuellen Broschüre der Initiative Opferperspektive aus Brandenburg, die unter www.opferperspektive.de/Imbisse_Anschlaege_BB.pdf heruntergeladen werden kann. Die Imbissbuden werden zu Angriffszielen, weil sie in kleinen Orten oft der einzige Platz sind, an dem Nichtdeutsche öffentlich wahrnehmbar sind.

Peter Nowak

Konspirativer Kongress

Militärhistoriker Seidler als „Starreferent" bei der Gesellschaft für freie Publizistik

Die rund 500 Mitglieder starke rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) führt vom 8. bis 10. April an einem geheim gehaltenen Ort in Thüringen ihren Jahreskongress zum Thema „60 Jahre nach Kriegsende: Befreiung von der Befreiung!" durch. Die Teilnahme ist nur bei namentlicher Anmeldung möglich, Gäste ohne Eintrittskarte dürfen nicht mitgebracht werden. Im vergangenen Jahr fand der Jahreskongress im thüringischen Friedrichroda statt.

Die GFP wurde von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären 1960 gegründet. Sie wird seit 1992 von dem früheren Chefideologen der NPD, Rolf Kosiek, geleitet. Ihr gehören insbesondere rechtsextreme Publizisten, Schriftsteller und Verleger an. Die Organisationsleitung des Kongresses obliegt Jürgen Schützinger, Bundessprecher der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), seit kurzem wieder NPD-Mitglied.

„Starreferent" der Veranstaltung wird der Militärhistoriker Franz Seidler (Jg. 1933) sein. Seidler, emeritierter Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, spricht zum Thema „Beginn 1939 und Ende 1945". Der „bedeutende zeitgenössische Militärgeschichtswissenschaftler" (so das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung") war von 1963 bis 1968 Referent im Bundesverteidigungsministerium, von 1969 bis 1972 Wissenschaftlicher Direktor der Münchner Heeresoffiziersschule, bevor er 1973 an die Bundeswehrhochschule berufen wurde. Im März 1998 wurde Seidler von der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) mit der „Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung" ausgezeichnet.

Der Bundesverdienstkreuzträger Seidler bewegt sich seit Jahren in extrem rechten Kreisen. Er ist Buchautor des Pour le Merite-Verlages des Rechtsextremisten Dietmar Munier und des einschlägigen Verlags S. Bublies, Autor der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift", Referent bei der Hamburger Burschenschaft Germania und bei den Bogenhauser Gesprächen der Burschenschaft Danubia, dem Verein Unser Land von Alfred Mechtersheimer, dem FPÖ-nahen Neuen Klub Salzburg sowie beim Verein Die Deutschen Konservativen. Ebenso ist Seidler Mitherausgeber des Sammelbandes „Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert" (Verlag Mittler & Sohn, Hamburg).

1998 sorgte Seidler für bundesweite Schlagzeilen. Trotz einer Warnung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) trat er als Referent bei der rechtsextremen Burschenschaft AFV! Rugia Karlsbad in Dresden auf. Ein Jahr zuvor wurde Seidler in einem Feature des „Deutschlandfunks" vorgehalten, „die Hitlersche Ausrottungs- und Eroberungspolitik im Zweiten Weltkrieg nicht nur zu rechtfertigen, sondern sie mit vorwiegend edlen Zügen zu versehen, den Zügen eines fundamentalistischen Antikommunismus."

Neben Seidler sind als Referenten beim GFP-Kongress Olaf Rose (Referent bei der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, Autor der „Deutschen Annalen"), Thor von Waldstein (ehemaliger Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbunds, Referent der „Deutschen Akademie"), Holger Apfel (NPD-Bundesvize, NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag) und Bernd Dröse (DVU-Bundessprecher) vorgesehen.

Angekündigt sind auch die zwei Gralsgestalten des Rechtsextremismus Alfred Manke und Konrad Windisch: Manke, einst Freiwilliger des Panzerjagdkommandos Hitler-Jugend, war in den 70er Jahren Vorsitzender des rechtsextremen Arbeitskreises Volkstreuer Verbände und gehörte zeitweilig der GFP als Vorstandsmitglied an. 1972 kandierte er für die NPD bei der Bundestagswahl. Der Wiener Windisch ist wegen NS-Wiederbetätigung in Österreich vorbestraft. Er gehörte bereits in den 50er Jahren nach Erkenntnissen des österreichischen Innenministeriums zu den „Spitzenvertretern der rechtsextremen Szene". Windisch gilt als „Graue Eminenz" der braunen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik.

Die Podiumsdiskussion moderieren wird auf dem GFP-Kongress Harald Neubauer, Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa".

Anton Maegerle

Netzwerke im Knast

US-Behörden gehen gegen die zunehmend offeneren Umtriebe brauner Gefängnisgangs vor.

Gefängnisgangs gehören zu den gefährlichsten Elementen des „white supremacy"-Spektrums der USA. Sie operieren als Netzwerke inner- und außerhalb der Mauern amerikanischer Haftanstalten. Eine der berüchtigsten Gruppen ist „The Aryan Brotherhood". Ursprünglich zum Schutz weißer Häftlinge in den 50er Jahren in der kalifornischen Haftanstalt San Quentin entstanden, folgt die „Bruderschaft" einem strengen Verhaltenskodex. Die Mitglieder sind verpflichtet, Neonazi-Literatur zu lesen und nach ihrer Entlassung Gesinnungsgenossen hinter Gittern mit Geld zu versorgen. Kooperation mit den Behörden ist ebenso strikt verboten wie jede Form der „Rassenvermischung". Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten greifen die Gangs im Stil organisierter Verbrechenssyndikate auf Drogenhandel, Erpressung und Auftragsmord zurück. Selbst Allianzen mit der mexikanischen Mafia sind nicht ungewöhnlich. Zu den bekannteren Gefängnisgangs zählen auch „American Peckerwoods", „Krieger Verwandt" oder die mittlerweile zerschlagene paramilitärische Vereinigung „Fourth Reich".

Mit Beginn des Jahres haben die Strafverfolgungsbehörden in mehreren US-Bundesstaaten mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen auf die zunehmend offeneren Umtriebe einiger Gangs reagiert. Dabei wurden große Mengen an Waffen, Sprengstoff, Drogen und Neonazi-Devotionalien sichergestellt. Neben „The Aryan Brotherhood", die nach der Tötung eines hochrangigen Mitgliedes durch die Polizei in New Mexiko im vergangenen Dezember Racheakte angekündigt hatte, befanden sich auch die Gruppen „Public Enemy Number One" (Kalifornien) und „2-11 Crew" (Colorado) im Visier der Ermittler. Unter starken Sicherheitsvorkehrungen hat in Utah unterdessen der Prozess gegen 12 Angehörige der „Soldiers of the Aryan Culture" begonnen. Im Jahr 2002 wurde bekannt, dass Mitglieder der Organisation zusammen mit anderen Neonazis Bombenanschläge auf jüdische Athleten und Funktionäre während der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City geplant hatten.

Michael Funk

Grauzone

Verdrehte Aussagen

In der „Jungen Freiheit" werden unzweideutige Zahlen über den Anstieg rechtsextremer Gewalt falsch interpretiert und verharmlost.

Der emeritierte Jenaer Philosophieprofessor Prof. Günter Zehm, den Lesern der neurechten „Jungen Freiheit" (JF) als ständiger Mitarbeiter unter dem Namen „Pankraz" bekannt, versucht sich gerne im Systemvergleich. So wurde ihm die von Sprachregelungen, Denkverboten und allfälliger Political Correctness gegängelte Berliner Republik zu einer „DDR light", und entsprechend sieht er das Verhältnis von Medien und Obrigkeit heute ähnlich der vergangenen Diktatur. In einer Glosse berichtet er nun in der JF vom 25. Februar dieses Jahres, dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" unter der Überschrift „Rechtsextreme Gewalt nimmt zu" kürzlich Träger der Kleidungsmarke „Thor Steinar" zu Gewalttätern deklarieren musste, damit die Statistik stimmt. Damit wird ihm das intellektuelle Leitblatt Deutschlands („Dahinter steckt immer ein kluger Kopf") zum willigen Erfüllungsgehilfen des Staats- und Verfassungsschutzes. Denn der Verfassungsschutz konnte – laut Pankraz – seine „alljährliche Lieblingsthese von der angeblichen Zunahme rechter Gewalt" auch bisher angeblich nur dadurch belegen, dass Propagandadelikte als Gewalttaten verbucht worden wären.

Angeführt werden von Zehm also: Eine Staatsmacht, deren Organe Statistiken fälschen, „damit 'seriöse' Zeitungen wie die FAZ darauf abfahren und ihren Lesern ordentlich Angst einjagen können" (JF). Eine etablierte bürgerliche Presse, die dieses Spiel „offenbar ohne die geringsten Skrupel" (JF) mitmacht. Kurzum: Alle Bestandteile einer gut eingespielten Meinungsdiktatur.

Nur sind die von dem JF-Autor aufgestellten Behauptungen schlichtweg falsch. Die von den Innenministern vorgestellten Zahlen des Staatsschutzes unterscheiden unzweideutig zwischen Straftaten und Gewalttaten. Erstere ergeben die Gesamtzahl aller Delikte mit politischem Hintergrund, letztere die Teilmenge, bei denen es unter anderem um die Anwendung oder Androhung körperlicher Gewalt, Landfriedensbruch, Brand-

stiftung geht. Für das Bundesland Brandenburg als eine Hochburg des Rechtsextremismus heißt es nach einer Mitteilung des zuständigen Ministeriums vom 16. Februar 2005: Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten ist im Jahre 2004 um fast 21 Prozent auf 105 Fälle angestiegen, darunter zwei Tötungsversuche. Die Zahl rechtsextremer Straftaten insgesamt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 993 auf 1051 Fälle. Für das Bundesland Sachsen-Anhalt sieht die Entwicklung laut Pressemitteilung seines Innenministeriums vom 24. Februar 2005 ähnlich aus: Hier machte der Anteil rechtsextrem motivierter Straftaten im vergangenen Jahr cirka 85 Prozent der Gesamtzahl politisch bestimmter Delikte aus. Ihre absolute Zahl stieg von 571 auf 758 Taten. Politisch motivierte Gewaltdelikte mit rechtem Hintergrund steigerten sich von 53 auf 73 Taten.

Der Leser wundert sich schließlich, wie hier der JF-Schreiber zu seinen Einschätzungen kommt. Ein Erscheinungsdatum für den Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wird bei Zehm nicht genannt. Ein Nachblättern in der FAZ ergibt: In der Ausgabe vom 17. Februar 2005 ist eine unkommentierte AP-Meldung unter der Überschrift „Rechtsextreme Gewalt nimmt zu“ abgedruckt. Darin wird Brandenburgs Innenminister Schönbohm mit der deutlichen Erhöhung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten zitiert. Die Gesamtmenge rechter Straftaten allerdings sei nur gering angestiegen, und dieser Anstieg mit 149 Fällen entscheidend der erstmaligen Verfolgung der Marke Thor Steinar geschuldet. Der Hintergrund: Die Brandenburger Justiz hat im November 2004 die Beschlagnahmung von Kleidung mit dem Runen-Logo Thor Steinar verfügt. In der Folge kam es zu Strafverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Noch einmal für Professor Zehm und die „Junge Freiheit“ zum Mitbuchstabieren: Innerhalb der durch Propagandadelikte leicht gestiegenen Gesamtzahl rechtsextremer Straftaten in Brandenburg hat sich der Anteil von Gewalttaten stark vergrößert. Diese Aussage ist kaum misszuverstehen. Sie in ihr Gegenteil zu verkehren, erfüllt den Tatbestand der Manipulation. Der Vorwurf der Fälschung fällt auf den Autor zurück.

Michael Pechel

Zweifelhaftes Angebot

Rechtslastige Verlage auf der Buchmesse

Am 17. März öffnen die Pforten der diesjährigen Leipziger Buchmesse. Mit dabei werden auch Verlage mit Kontakten ins ultrarechte beziehungsweise rechtsextreme Spektrum sein. So ist wie auch bei der Frankfurter Buchmesse der über 1000 Mitglieder zählende „Bund für deutsche Schrift und Sprache (Großenkneten) vor Ort. Der einstige Neonazi-Führer Michael Kühnen führte den damaligen Sitz des germanophilen „Bundes“ in seinem Adressbuch. Ehrenvorsitzender des „Bundes“ ist der JF-Interviewpartner Helmut Delbanco, der seinen Verlag Delbanco-Frakturschriften (Ahlborn) repräsentiert. Mit von der Partie ist auch die „Deutsche Sprachwelt“ (Erlangen). „Schriftleiter“ des Blattes ist Thomas Paulwitz, Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik und JF-Autor. Zum direkten Umfeld der JF zählt die neurechte Edition Antaios (Albersroda). Sie hat das umstrittene Buch „Jüdischer Bolschewismus“ von Johannes Rogalla von Bieberstein im Programm. In Leipzig beheimatet ist der Freie Deutscher Autorenverband (FDA). Auf dessen letztjährigem Bundeskongress referierten der JF-Kolumnist Günter Zehm und Ulrich Schacht, Autor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“. Aus Aachen reist der nationalrevolutionär ausgerichtete „Helios Verlag“ von Karl-Heinz Prohüber, Unterzeichner des JF-Appells „Gegen die Entlassung konservativer Soldaten“, an. Die JF-Publizisten Karlheinz Weißmann, Klaus Motschmann und Zehm greifen auch für den im österreichischen Graz beheimateten Leopold Stocker Verlag zur Feder.

Bücher zur „Hohlwelttheorie“, die in Kreisen des Esoterischen Hitlerismus gelesen werden, präsentiert die „Michaels Vereinigte Verlagsauslieferung“ aus dem bayerischen Poing. Zum knallhart rechtsextremen Spektrum zählt das Unternehmen Verlag + Agentur Werner Symanek (VAWS; neuerdings: Göttingen). VAWS produziert und vertreibt seit Mitte der 80er Jahre zahlreiche rechtsextreme Bücher, Videos, CDs mit revisionistischen Schwerpunkten. Weiterer Schwerpunkt von VAWS ist der Vertrieb von Tonträgern aus dem Bereich „Dark-Wave-Musik“.

Anton Maegerle

Gnadenlos gegen sich selbst

Nach Massenaustritten steht die Schill-Partei in ihrer Hochburg Hamburg vor der Abwicklung.

Einst begann der Aufstieg der Schill-Partei in Hamburg, nun wird an Alster und Elbe wohl auch das letzte Kapitel der kurzlebigen, Aufsehen erregenden politischen Formation eingeleitet. Am 21. Februar trat der komplette Hamburger Vorstand der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) zurück. Hagen Riemann, bis dahin Vorsitzender, begründete den Schritt mit unüberbrückbaren Differenzen zum Bundesvorstand, der den Zustrom von „ehemaligen Mitgliedern der Republikaner, der DVU und der Deutschen Partei" ermögliche. Mit Riemann & Co. erklärten insgesamt 233 Mitglieder ihren Austritt – nahezu der gesamte Personalbestand in Hamburg.

Den einstigen Senkrechtstartern, die mit Frontmann Ronald Schill 2001 bei den Bürgerschaftswahlen 19,4 Prozent der Hanseaten von ihrem Law&Order-Kurs überzeugt hatten, bleiben laut „Hamburger Abendblatt" ganze zehn Mitglieder. „Wir werden den Landesverband nun neu aufbauen", erklärte Helga Scheper, die im Häuflein Verlassener als „Landeskoordinatorin" fungiert. Ein Pfeifen im Walde, dem der Bundesvorsitzende Markus Wagner („Die wachsende Islamisierung ist die größte Gefahr seit dem Zweiten Weltkrieg") mit der Ankündigung eines baldigen Landesparteitags assistierte.

Wagner, der den Rest der Schillianer konsequent auf rechtspopulistische Linie bürsten will, ahnte von den bevor stehenden Turbulenzen. „Leider war nicht nur das Wetter schmuddelig in Hamburg, sondern die Situation im Landesverband Hamburg ist momentan ähnlich", hält das Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 20. Februar fest. „Aber auch dieses Problem wird umgehend gelöst", gab sich die Bundesriege damals optimistisch. Zwei Tage später erfolgte die Massenflucht vor Wagner, der 2004 mit mäßigem Erfolg (2,2 Prozent) für das Bürgermeisteramt im westfälischen Herford kandidiert hatte und dort auch den einzigen PRO-Sitz im Stadtrat einnimmt.

Beim Fischfang ist der Parteichef weiter rechts erfolgreich – eine Tendenz, die der PRO auch schon zu Schills Zeiten nicht fremd war. „Rechtsextremisten fliegen bei uns hochkant raus", war zwar das Credo des Parteigründer-Saubermanns. Doch erst als verschiedene Personalien öffentlich wurden, reagierten die damaligen Überflieger. So saß mit Christian Brandes zunächst ein Mitglied der demokratiefeindlichen Burschenschaft „Germania" als Fraktionschef im Kommunalparlament von Hamburg-Eimsbüttel, ein Ortsverband in Mettmann (NRW) wurde zeitweise von dem rechtsextremen Musiker Dennis Ansgar Seegers (Textprobe: „Hast du jemals bereut, ein Nazi zu sein?") geleitet. Während zu Schills Zeiten auf öffentlichen Druck noch reagiert wurde, scheinen die Schleusen nun geöffnet. Dieter Scheel, Vorsitzender im Bezirk Hamburg-Mitte, geht zwar von mehr als zehn Verbliebenen in seinem Landesverband aus, überlegt aber auch seinen eigenen Austritt. Ihm missfielen insbesondere Wagners enge Kontakte zu Jörg Haiders FPÖ. „Diesen Rechtsruck möchte ich nicht mitmachen", äußerte sich Scheel: „Die aktuelle Entwicklung ist nicht mit den bisherigen Zielen vereinbar." Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20. Februar sammelte das einst erfolgreichste Polit-Startup in der Geschichte der Bundesrepublik nur noch 1483 Stimmen (0,1 Prozent).

Im Juli 2001 hatte Ronald Schill, als Amtsrichter durch drakonische Strafen zu lokaler Aufmerksamkeit („Richter Gnadenlos") gelangt, die PRO aus der Taufe gehoben. Der Wahlerfolg 2001 hievte CDU-Chef Ole von Beust ins Bürgermeisteramt, Schill wurde Innensenator. Im Spätsommer 2003 wurde Schill aus dem Senat entlassen, wenig später auch aus seiner „eigenen" Partei ausgeschlossen. Was von Schills „Offensive" geblieben ist: Ein nach wie vor härteres politisches Klima in der Hansestadt, der „Grüne Pfeil" für Rechtsabbieger – und der parteilose heutige Innensenator Udo Nagel, der Anfang 2002 von Schill zum Polizeipräsidenten berufen wurde. Dirk Nockemann, der Schill als Innensenator folgte, trat nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2004 (0,4 Prozent für „Schill ohne Schill") zur CDU über. Dort kam er auf der Karriereleiter nicht recht voran und fabulierte Ende vergangenen Jahres über die Gründung einer neuen Rechtspartei. Laut CDU-Landespressesprecher Michael Ohm besitzen ehemalige Schillianer nicht einmal auf CDU-Kreisebene Einfluss.

Volker Stahl

Blick in die Zeitgeschichte

Beihilfe zum Mord

Ohne die Reichsbahn wären die Transporte in die Vernichtungslager nicht möglich gewesen.

Als vor 60 Jahren der Zweite Weltkrieg zu Ende war, gab es über Nacht keine Nazis mehr, wunderte sich Simon Wiesenthal zum 40. Jahrestag der Befreiung im Mai 1985. Im Rückblick staune er darüber allerdings nicht mehr, ergänzte Wiesenthal später. Nach der Befreiung, die Jahrzehnte lang „Niederlage“ oder „Kapitulation“ hieß, war damals niemand bereit, Verantwortung zu übernehmen. Allenfalls die Evangelische Kirche befand sich 1946 mit ihrem Stuttgarter Schuldbekenntnis auf einem gangbaren Weg. Erst junge Forscher sowie NS-Prozesse öffneten der Fachwelt sowie einem breiten Publikum die Augen.

Bei der Bundesbahn als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn bedurfte es eines Strafverfahrens, um sie zu zwingen, Schuld einzugestehen. Zuerst musste der höchste Reichsbahnbeamte angeklagt werden, ehe öffentlich die Frage gestellt wurde, ob der Holocaust ohne die Bahn überhaupt möglich gewesen wäre. Die Antwort lautete eindeutig: Nein. Anlass war das Strafverfahren gegen den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Albert Ganzenmüller, vor dem Landgericht Düsseldorf im Frühjahr 1973. Die Hauptverhandlung wurde zwar nach wenigen Monaten unterbrochen und später eingestellt, weil Ganzenmüller angeblich zu krank war, aber ein Gutachten des Berliner historischer Sachverständigen Professor Wolfgang Scheffler zur Beginn des Prozesses hatte die Mitschuld der Reichsbahn an dem Völkermord und der Verksklavung von Millionen Zwangsarbeitern nachgewiesen. Ohne das Massenverkehrsmittel Reichsbahn wäre es völlig unmöglich gewesen, die vielen Menschen von West nach Ost ins Gas und von Ost nach West in die Industriebetriebe zu schaffen. Dabei machte die Reichsbahn gute Geschäfte. Für Juden reichten ausrangierte Viehwaggons, mit denen nicht einmal mehr Pferde verfrachtet werden durften. Und wenn SS oder Gestapo möglichst viele Gefangene zur Deportation anbot, gab es von der Reichsbahn Mengenrabatt. Kinder unter vier Jahren fuhr die Bahn kostenfrei in die Vernichtungslager. Nachdem ihre Schuld nicht mehr zu leugnen war, räumte die Bundesbahn Mitte der 70er Jahre in ihrem Museum in Nürnberg ihrer Geschichte in der NS-Zeit eine kleine Abteilung ein.

Nun, im Zeichen des 60. Jahrestages, schwenkt dieDeutsche Bahn auf Gegenkurs. Sie lehnt es ab, auf ihren Bahnhöfen eine Fotoausstellung der Vereinigung der „Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs“ (FFDJF) zu zeigen, die bei unseren Nachbarn viel Beachtung gefunden hat. Beate Klarsfeld, die Präsidentin der Vereinigung, kann und will die Begründung der DB-Konzernleitung nicht verstehen, man habe weder „die personellen noch die finanziellen Ressourcen“ für eine solche Ausstellung. Die FFDJF will nun Fotos deutscher Kinder zusammenstellen, die von der Reichsbahn in den Tod transportiert worden sind. Die Deutsche Bahn hat dafür ihr Nürnberger Museum angeboten. Klarsfeld freilich will die Bilder öffentlich auf Bahnhöfen zeigen. In Frankreich sei die Ausstellung der FFDJF auf 18 Bahnhöfen jeweils drei Wochen lang gezeigt und viel beachtet worden – stets bewacht von der französischen Bahn SNCF. Der Deutschen Bahn wäre das zu aufwändig. Auf ihren Bahnhöfen sei für die Sicherheit der Bundesgrenzschutz zuständig, und der habe von der Ausstellung „abgeraten“, auch aus Furcht, zwischen Geschäften und Wurstbuden könne „die Würde der Opfer“ leiden. Beate Klarsfeld will sich jedenfalls nicht ins Museum abdrängen lassen. Ihre Erfahrungen in Frankreich sprächen dagegen. „Die Reisenden, die zufällig auf einem Bahnhof in Frankreich auf diese Ausstellung stießen, waren immer sehr beeindruckt.“

Als die Bundesbahn 1985 zum 150-jährigen Besehen der Eisenbahn in Deutschland eine aufwändige Ausstellung und einen dicken Katalog präsentierte, kam die millionenfache Beihilfe zum Mord nicht vor. „Die Reichsbahn im Kriegsdienst. Beispiellose Leistungen – bittere Opfer 1939 bis 1945“ war der Titel des entsprechenden Kapitels nach dem Vorbild ihrer für den Holocaust mitverantwortlichen Beamten Otto Stange, Walter Stier und Werner Pichel, die nur deshalb nicht vor Gericht gestellt worden sind, weil sie rechtzeitig starben. Ähnlich erging es auch Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller, der Ende 1945 in Nürnberg angeklagt werden sollte, aber im Sommer 1945 gestorben ist.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

NPD kandidiert 2006 im Südwesten

Stuttgart - Die NPD will auch bei der Landtagswahl im nächsten Jahr in Baden-Württemberg antreten. Der Landesvorstand der Partei hat beschlossen, „auch Mitgliedern anderer Parteien und Organisationen sowie Einzelpersonen der gesamten nationalen Opposition die Möglichkeit zu geben für die NPD zu kandidieren“. Es seien bereits Kontakte zur Deutschen Partei und „mehreren bekannten Persönlichkeiten des nationalen Spektrums“ aufgenommen worden. Wieder mit dabei ist Jürgen Schützinger, Mitbegründer der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und Stadtrat in Villingen-Schwenningen. Schützinger war von 1978 bis 1991 NPD-Landesvorsitzender und trat dann aus der Partei aus. Die baden-württembergische NPD präsentiert einen Text unter der Überschrift „Offenes Wort von Jürgen Schützinger: Jetzt hilft nur noch NPD!“ auf ihrer Homepage. (ts)

NPD wird im Alpenvorland aktiv

Ohlstadt – Die NPD plant offenbar, im Frühjahr einen Kreisverband Garmisch-Partenkirchen zu gründen. Dies geht aus einem Bericht des "Murnauer Tagblatts" hervor. Demnach trafen sich kürzlich in Ohlstadt rund zwanzig Sympatisanten, um über das Projekt zu debattieren. Eingeladen hatte der 58-jährige Wolf Lehner, der dem NPD-Parteiorgan "Deutsche Stimme" zufolge Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik ist. Laut "Murnauer Tagblatt" ist der Ohlstädter auch Mitglied der NPD. "In ganz Südbayern sind Kreis- und Bezirksverbände vorgesehen", wird Lehner dort zitiert. Erst Ende November hatte ein "Politischer Arbeitskreis Oberland" im benachbarten Eschenlohe eine große Veranstaltung mit Szene-Prominenten wie Holger Apfel und Franz Schönhuber organisiert. In der Folge war von einem "Signal von Eschenlohe" die Rede. (mbo)

NPD-Landesvize in NRW verurteilt.

Bochum – Das Bochumer Landgericht hat den stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in NRW, Claus Cremer, am 17. Februar zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Cremer, der auf Platz 3 der NPD-Liste für die Landtagswahl am 22. Mai kandidiert, hatte im vorigen Sommer bei einer Neonazidemonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum Juden in Zusammenhang mit Kindesmissbrauch gebracht: Der Talmud erlaube Kinderschändung. Die Staatsanwaltschaft erkannte in Cremers Rede eine Volksverhetzung und klagte den NPD-Politiker an. In ihrem Plädoyer hatte die Staatsanwaltschaft eineinhalb Jahre Haft ohne Bewährung gefordert: Bei Cremer sei weder Einsicht noch Reue zu erkennen. Der Verteidiger des 26-Jährigen hatte Freispruch beantragt. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de